

Höfen, voran Vater Biog, der Kaiser im Streit. Und wie gestern Graf Potobowski, so linderte heute der Landwirtschaftsminister Herr v. Hammerstein ihre Schmerzen durch den süßen Balsam von Bertröfungen. Bekanntlich fordern die Agrarier die völlige Grenzperce gegen Rußland. Das die zumal im Anfang solcher Abperzierung einträufelnde Preissteigerung zu einer neuen erheblichen Belastung des landwirthschaftlichen Volkes führen muß, berührt den „nationalen Egoismus“ der „Edeliten der Nation“ nicht im mindesten. Die Debatte entwickelte sich immer mehr zu einem lebhaften Gejecht gegen die Junker, an dem sich von unserer Seite die Genossen Baum u. d. Ulrich beteiligten. Mit der Bewilligung der geforderten 35 000 R. endete die Diskussion; der Rest des Etats des Reichsanhalts des Innern wurde debattelos angenommen.

Deutschland.

In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute die Beratung des Etats über den Allgemeinen Pensionsfonds fortgesetzt. Für den Reichsanhalt (H.) empfahl die pensionierten Offiziere möglichen im Reichsanhalt zu verwenden. Kriegsminister v. G. erklärte, daß ein solcher Offizier nicht für geeignet, den Baurdienst, der oft sehr anstrengend ist, zu übernehmen. Abg. v. Massow (H.) schied sich hier in der Diskussion an. Abg. Dr. Caspary (H.) bekräftigte die Forderung der pensionierten Offiziere, um ihre Lage zu verbessern. Abg. Hebel legt Beweismaterialien ein, daß es Aufgabe des Staates ist, für die pensionierten Offiziere auch noch eine Mühseligkeit zu besorgen. Wer thut denn noch etwas Besondere für pensionierte Offiziere? v. Scharff (H.) weist darauf hin, daß die Pensionierung der Offiziere nach ganz anderen Grundsätzen erfolge, als die der Beamten. Hr. v. G. billigt (H.) wünscht die Angabe eines gangbaren Weges, damit das zu große Anwachsen des Pensionsfonds zu vermeiden sei. Für die pensionierten Offiziere eine besondere Pensions-Versicherung, sei nicht Aufgabe des Staates, aber dafür müsse gesorgt werden, daß sie nicht zu früh pensioniert würden. In den letzten Jahren sei, namentlich für Militärschiffe und Unteroffiziere, niemals die im Etat für Pensionen eingelegte Summe ganz gebraucht worden. Im Etatsjahre 1896/97 seien ungefähr 3 Millionen erspart geblieben. General v. Diebahn bemerkt, daß sich ein ganz genauer Anschlag im voraus kaum machen lasse. Die Fortsetzung für den Pensionsfonds beruhe auf einer fünfjährigen Durchschnitsberechnung. Die Anlässe des Etats werden darauf unentgeltlich bemittelt, ebenso die entsprechenden für Beamte, Württemberg und Sachsen. Es folgt der Etat des Reichsanhalts an Pensionsfonds. Die Anträge für die Verwaltung, die Pensionen des Innern infolge des Krieges 1870/71. Gegenlagen an die Zahlung des Innern Krieges von 1870/71. Pensionen für ehemalige französische Militärschiffe werden unverändert bewilligt. Bei dem Etat: „Judenische zum Dispositionsfonds des Kaisers zu Gnadenbewilligungen, und zwar an die Bundesstaaten und an Ersatzleistungen zur Gründung von Bewilligungen an hilsbedürftige Kriegsteilnehmer aus dem Feldzuge 1870/71 und aus den von deutschen Staaten vor 1870 geführten Kriegen 1 800 000 R.“ beantragt Abg. Müller-Hulda (H.) eine Erhöhung um 900 000 R., wenn das gesetzlich zulässig sei. Er hat dazu einen Antrag eingebracht, der sich auf die Zimmereinnahmen des Reichsanhalts bezieht. Danach sollen 2 700 000 R. zu Bewilligen von je 120 R. für 23 000 Personen eingestellt werden. Hr. v. G. billigt (H.) meint, daß zu wissen, nach welchen Grundsätzen die Verteilung der 120 R. erfolgen solle, darüber sage das Gesetz vom 22. Mai 1895 nichts. Müller-Hulda erwidert, daß der Innenüberblick vollständig erwidert, so daß sich ein Herabgehen des Ansatzes auf 3 Proz. ohne jeden Anstoß auf die Deckung des Bedarfs bleibe würde. Hr. v. G. billigt (H.) billigt die gesetzliche Zulässigkeit des Antrags nicht. Staatssekretär Graf Potobowski: Man dürfe nur die Pensionen erhöhen, aber nicht das Kapital angreifen; der Fonds sei allerdings seiner Zeit zu hoch bemessen worden, weil Abg. Richter damals richtig hervorgehoben habe. Infolge dessen werden an den Fonds oft ganz ungeheure Forderungen heran. Jedes gekündete anständiger Arbeiter der Antrag Müller nicht. Abg. Richter: Der Abg. Müller habe das Gesetz von 1895 nicht richtig ausgelegt. Auch die Rechnung mit 1/2 Proz. ist sehr gewagt, weil würden bald auf 3 Proz. kommen. Die Gemeinden müßten die Entlastung machen, denn sie seien jetzt in der Lage, für ihr Gebiet das Bedürfnis genau zu übersehen und richtig zu beurteilen. Eine parlamentarische Initiative in diesen Fragen sei höchst bedenklich. Abg. Dr. Gammacher teilt die Auffassung Richters. Der Reichsanhalt ist als 100 Millionen untergebracht. Eine weitere Reduktion des Ansatzes sei höchst wahrscheinlich, dadurch würden die Berechnungen des Abg. Müller völlig über den Haufen gemauert werden. Abg. Müller verteidigt seinen Antrag, mit dessen Annahme den ärmeren Klassen gebietet sein würde. Die Zahl der Pensionen würde sich nicht vermehren, ohne Grund würde sich niemand melden. Staatssekretär Graf Potobowski weist darauf hin, daß die Ordnenstellen mangelnd sind für die Bewilligungen an Kriegsteilnehmer. Die Abg. Dr. Fischer, Hug (Leipzig) und Hebel bekräftigten den Antrag Müller. Wegen Be-

politischen Dingen und Tagesneuigkeiten zu fragen begann. Scheinbar hörte er Fürst Wajfili's Erzählung mit Aufmerksamkeit an, sah aber beständig auf Prinzessin Marie.

„So wird also aus Potsdam geschrieben?“ wiederholte er die letzten Worte Fürst Wajfili's, stand plötzlich auf und trat zu seiner Tochter.

„Für die Gäste hast du dich wohl so aufgedonnert?“ ja?“ fragte er. „Schön, sehr schön! Für die Gäste hast du dein Haar nach der neuesten Mode gemacht. — Ich aber sage dir, daß du dich dieser Gäste wegen nicht anders anzuziehen unterstehest, ohne mich vorher gefragt zu haben.“

„Verzeihung, Herr Vater, das ist meine Schuld,“ verteidigte die Fürstin erdend.

„Sie haben Ihren vollen, freien Willen,“ sprach der alte Fürst und machte einen Krachfuß vor seiner Schwiegertochter. — „aber sie hat sich nicht zu veranlassen — ist sie doch so schon garstig genug.“ Und wieder setzte er sich auf seinen Platz, ohne seine Tochter, die fast bis zu Thränen gebracht war, weiter zu beachten.

„Im Gegenteil, diese Haartucht steht der Prinzessin sehr gut,“ sprach Fürst Wajfili.

„Nun, Wajfili, junger Fürst, wie heißt man?“ sprach der alte Fürst und wandte sich zu Anatol — „na, komm her, plaudern wir etwas, daß wir bekannt werden.“

„Aha, jetzt wird der Spaß losgehen,“ dachte Anatol und lächelnd setzte er sich zu dem alten Fürsten.

„Nun, mein Lieber, Sie sind, wie ich höre, im Ausland erzogen worden — nicht so wie ich und Ihr Vater, denen ein Kupfer Lesen und Schreiben gelehrt hat. Sagen Sie mir, mein Lieber, Sie dienen jetzt in der Gardefaschade?“ fragte der Alte und sah Anatol hart an.

„Nein, ich bin in die Armee übergetreten,“ antwortete Anatol und konnte kaum sein Lachen bezwingen.

„Ah, das ist gut! So wollen Sie also, mein Lieber, dem Jaren und dem Vaterland dienen? Kriegszeit! da muß so ein Putsch dienen, ja dienen muß er. Was, in der Fronte?“

„Nein, Fürst, Unter Regiment ist ausgedient, aber ich bin zugewandt. Wem bin ich denn zugewandt? Papa!“ wandte sich Anatol unter Lachen an seinen Vater.

„Prächtiger Putsch! prächtig! Wem bin ich denn zugewandt? ja, ja, ja!“ lachte der alte Fürst und Anatol lachte noch lauter. „Nicht aber verführt die alte Fürstin das Gesicht und sagte zu Anatol: „na, nun ist's schon genug, geh!“ und mit lächelndem Gesicht ging Anatol wieder zu den Damen.

„Du hast sie doch im Ausland erzogen, Fürst Wajfili?“ ja?“ wandte sich der alte Fürst zu Fürst Wajfili.

„Ich hab' gekannt, was ich gekannt, und ich sag' Ihnen, daß die dortige Erziehung weit besser als unsere ist.“

„Ja, heutzutage ist alles anders, alles nach der Mode. Ein tüchtiger Arzt, ja ein Herr! Nun kommt mit zu mir!“ und er nahm Fürst Wajfili und führte ihn in sein Kabinett. (Fortf.)

ginn der Verhandlung wurde die weitere Verhandlung verlegt bis zur nächsten Sitzung, welche am Dienstag stattfindet.

Aus dem Königreich Stumm. Auf der Rheinischen Provinzialversammlung in die Debatte über den Streit des Herrn v. Stumm mit den Pastoren des Saarreviers ein Herr ein, der mitteilte, daß zwischen dem Werte der Hebräer Stumm-Kleistern und der königl. Bergbehörde eine Vereinbarung besteht, durch welche die Annahme von Stummischen Arbeitern seitens der Bergbehörde ausgeschlossen ist. Würde diese Vereinbarung aufgehoben und die Bergbehörde machte einen besonderen Anschlag: „Von heute ab nehmen wir Stummische Arbeiter an“, so würden zwei Drittel aller Arbeiter das Stummische Werk verlassen und zur Bergbehörde gehen. Warum? Erstens wegen der besseren Löhne, zweitens wegen der kürzeren Arbeitszeit, drittens wegen der größeren Freiheit. — Wie kommt die königl. Bergbehörde dazu, den Privatunternehmer Stumm durch eine solche Vereinbarung in seiner Beherrschung der Arbeiter zu unterstützen? Und wie traurig muß es mit der Lage der Arbeiter bei dem Bewilligen von Rheinischen sein, wenn ihnen selbst auf den staatlichen Bergwerken ein größeres Maß von Freiheit geboten wird, während doch bekannt ist, daß eine größere Unfreiheit kaum denkbar ist, als die, in welcher sich die Bergarbeiter des Saarreviers befinden.

Gegen v. Laisch wie gegen v. Lützow ist, wie aus einer Erklärung des Rechtsanwalts Dr. Lutzjuni hervorgeht, das Verfahren wegen Urkundenfälschung eingeleitet.

Chronik der Majestätsbeleidigungen-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich am Donnerstag der Redakteur des „Volksboten“ in Hannover, Genosse Thielhorn, wieder einmal zu verantworten. Es handelte sich um dieselbe Angelegenheit, deren Verlauf bereits einmal Freiprechung erfolgt ist. Im Laufe des verflochtenen Sommers war vom Landgericht in Oldenburg ein Heizer Koppel zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, weil er gelegentlich der Ausbringung eines „Hochs“ auf den Kaiser geplatzt und hierbei eine Aeusserung gethan hatte, die in Verbindung mit dem Briefen als Majestätsbeleidigung aufgefaßt war. In dem in öffentlicher Sitzung verhandelten Gerichtsbeschlusse war die angebliche Majestätsbeleidigung teilweise wiedergegeben und so in die Öffentlichkeit gelangt und von einer großen Anzahl Zeitungen weiterverbreitet worden. Nach der „Volksbote“ brachte diese Kritik, hierin sah die Staatsanwaltschaft in Hannover eine neue Majestätsbeleidigung. Es erfolgte jedoch in der Sitzung der Strafammer vom 1. September vorigen Jahres kostenlos Freiprechung. Die Staatsanwaltschaft ersucht hiergegen das Reichsmittel der Revision und das Reichsgericht vernies die Sache zur abermaligen Verhandlung zurück, indem es ausföhrt, in dem freisprechenden Urteile sei nicht genügend festgestellt, ob der Angeklagte nicht das „Bewußtsein“, eine neue Majestätsbeleidigung zu begehen, gehabt habe. In der Sitzung am Donnerstag kam das Gericht denn auch noch zur öffentlichen Verhandlung und ebenso langer Beratung zu der Ansicht, das Genosse Thielhorn bei Aufnahme der fraglichen Kritik das „Bewußtsein“ gehabt habe, eine Majestätsbeleidigung zu begehen, worauf das Urteil auf zwei Monate Gefängnis lautete. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt. Die Verhandlung war öffentlich.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 22. Januar. (Telegramm.) Nach dem amtlichen Ausweis über den Außenhandel des österröichisch-ungarischen Zollgebietes betrug die Einfuhr im Dezember 1896 63^{1/2} Millionen, die Ausfuhr 63^{1/2} Millionen; die Einfuhr des ganzen Jahres 1896 beziffert sich auf 73^{1/2} Millionen, die Ausfuhr auf 78^{1/2} Millionen. Die Handelsbilanz ist daher mit 55^{1/2} Millionen aktiv gegen 19^{1/2} Millionen des Vorjahres.

Spanien. Madrid, 22. Januar. Nach Meldungen aus Manila hätten die Aufständischen bei einem belgischen Handelshause in Hongkong 30 000 Gewehre bestellt. Kriegsschiffe bewachen die Küste, um die Ausfuhr dieser zu verhindern. Das Gericht habe 13 Aufständische, darunter Mitglieder der revolutionären Regierung, abgeurteilt. Man behauptet, daß die Aufstörer des Aufstandes mit Japan verhandelt hätten. Personen, die aus dem Rebellenlager bei Cavite kamen, behaupteten, die Aufständischen

Kleines Feuilleton.

u. Woher rührt die blaue Farbe des Meeres? Man hatte bisher angenommen, die blaue Farbe, welche das Meer oder Seen zeigen, entspringe dadurch, daß kleine Staubteilchen, welche im Wasser enthalten sind, das hereindringende weiße Tageslicht so beeinflussen, daß nur der blaue Bestandteil desselben nach oben zurückgeworfen wird.

Der Physiker W. Spring hat die Frage von neuem studiert und ist zu ganz anderen Resultaten gekommen. Er fertigte sich eine Glasröhre von 52 Meter Länge an und füllte diese sorgfältig mit saubrem Wasser. Natürlich bestand diese lange Röhre nicht aus einem Stück, sondern sie war aus mehreren kürzeren Röhren zusammengesetzt, welche mittels Metallfaschungen miteinander verschraubt waren. In dieser Röhre erzielten man ebenfalls das Wasser blau, wenn dafür gesorgt war, daß die ganze Wasserföhre nicht überall dieselbe Temperatur hatte, sondern Wasser von höherer Temperatur sich innerhalb der Röhre in kälteren Wasserföhren befand. Wurde die Wasserföhre so lange in der Röhre gehalten, bis sie überall dieselbe Temperatur angenommen hatte, so verwandelte sich ihre blaue Farbe. Damit ist zu beweisen, daß die blaue des Meeres nicht Staubpartikeln zuzuschreiben ist — solche fehlen ja in der Röhre —, sondern daher rührt, daß das Tageslicht an den Grenzen der verschiedenen warmen Wasserföhren so ungleichmäßig zurückgeworfen wird, daß nur die blaue Farbe wahrnehmbar bleibt. Wenn uns also der Meeresspiegel keine schöne blaue Farbe zeigt, so rührt das davon her, daß die von der Sonne erwärmten obersten und die kälteren unteren Wasserföhren durcheinander stehen. Wenn im Wasser keine Staubteilchen vorhanden sind, so machen sie sich, wie weitere Versuche zeigten, dahin geltend, daß sie dem Wasser eine grüne Farbe verleihen, und in der That kennt man ja auch eine ganze Anzahl schöner Seen, deren Wasser grün aussieht.

Humoristisches.

Disciplin muß sein. Unteroffizier: Warum stehen Sie nicht still, Einjähriger? Einjähriger: Eine Allege Krabbel auf meiner Nase. Unteroffizier: Die hat mit Felle zu stehen, verstanden!

Beim Heiratsvermittler. Heiratsmittler: Die Dame gefällt mir aber nicht, mit der Sie sich nicht bekannt gemacht haben. Die führt ja auf dem rechten Auge. Vermittler: Rollen Sie eine haben, die auf dem linken Auge steht!

Ein Unglück kommt nie allein. Unteroffizier (beim Ergreifen): Der Einjährige dort auf dem linken Hügel wackelt ja mit verdeckten Füßen! Der Herr scheint mit Möbmann zu sein? Wie heißen Sie? Einjähriger: Wajfili. Unteroffizier: Auch das noch!!

jein 7000 Mann stark, von denen 7000 gut bewaffnet seien. Derselben errichteten Verschanzungen. Nach Havana sind 6 Kompagnien entsendet worden, da man eine Meuterei der eingelegenen Truppen befürchtete. — Nach einem Telegramm aus Havana befahl General Weyler allen Weisshörern, binnen einer Frist von 3 Tagen alle Plantagen und Wohnhäuser in der Provinz Havana zu verlassen, um die Aufständischen durch Hunger zur Unterwerfung zu bringen. — Dieses merkwürdige Maßnahme dürfte den Aufständischen nur neue Rekruten bringen und für die Spanier sehr verberlich werden.

Madrid, 22. Januar. Große Aufregung herrscht infolge der im Verborgenen des Ministerpräsidenten Canovas, „El nacional“, veröffentlichten Erklärung: Wenn die Prekampa gegen die Regierung fortwähre, dürfte letztere sich veranlassen, den Kriegszustand zu erklären, sämtliche Zeitungen zu unterbrechen und bloß das Amtsblatt bestehen zu lassen. Der „Imparcial“ erklärt, er werde absehen von jeder Berichterstattung über die Vorgänge auf Cuba absehen angesichts dieser unerhörten Drohung, um nicht Anlaß zu geben, daß sie in Erfüllung gehe. Im dunkeln und unter Schweigen aber, während die Wachhaber neue Bergemaltungen planen, pflanzten sich alle großen Umwälzungen vorzubereiten.

Belgien. Die Kammer nahm mit den Stimmen der Rechten gegen die Stimmen der Vereinigten Linken die Vorlage der Regierung an, die das bisher alle drei Jahre erneuerte Gesetz über die Ausweisung in Belgien anständiger Ausländer endgiltig dem Gesetz einverleibt. Das Gesetz bestimmt, daß durch königlichen, im Ministerrat vorbereiteten Erlaß die in Belgien anständigen Ausländer ausgewiesen werden können, die die öffentliche Ruhe gefährden oder in ihrer Heimat wegen Vergehen verfolgt werden oder verurteilt worden sind, die zur Auslieferung Anlaß geben würden, ausgenommen, wenn sie das Domizilrecht erworben oder gewisse Zeit mit einer Belgierin verheiratet sind.

Frankreich. Paris, 22. Dezember. (Telegramm.) Der Prekambon-Ausschuß der Deputiertenkammer hat heute den Gesetzesentwurf des Kriegsministeriums, betreffend die Bildung von vieren Bataillonen bei den Infanterie-Regimenten, angenommen und den Abgeordneten Mérieux zum Berichterstatter ernannt. — Die Deputiertenkammer nahm heute die Beratung des Zuckerverkehrs-Gesetzes vor etwa 40 anwesenden Mitgliedern wieder auf. Prekambon verteidigte die Vorlage, indem er ausführt, daß die Zahlung von 12 Millionen Franken Exportprämien eine Ausfuhr von 300 000 Tonnen Zucker ermöglichen würde. — Zum Berichterstatter ernannte die Kammer den Abgeordneten de Gaudemar. — Der Reichsminister erklärte, daß die Zollverträge mit England nicht nur den europäischen Markt, sondern auch noch den Weltmarkt in Bezug zu nehmen. Deutschlands Stärke beruht in seinem Zuckerverbrauch, welches vor dem französischen einen Vorrang von 50 Jahren habe. Mehrere Redner sahen darin, daß eine teilweise Entlastung des Zucker ein unvorteilhaftes Mittel sein würde, und schloß mit den Worten, daß es nötig sei, den französischen Zuckermarkt zu verteidigen durch Bewilligung einer der deutschen und österröichisch-ungarischen gleichkommenden Exportprämie, wenn man den Untergang von 25 Departements verhindern wolle. (Beifall.) — Die Kammer beschloß, die Vorlage zu verwerfen. (Beifall.) — Die Kammer beschloß den Entwurf, welcher nur für die Engländer vorzulegen sein würde. Ministerpräsident Meille ließ sich, es handelte sich um eine Frage der nationalen Verteidigung; die Kammer habe sich von verschiedenen Seiten in Bezug nehmen lassen, von denen keines vollkommen sei. Die Regierung meinte, das beste System sei dasjenige, welches die größte Stimmenmehrheit auf sich vereinigen werde. Denn mit einer großen Stimmenmehrheit würde die Regierung die Abgabe leisten, um sich an einer internationalen Konferenz zu beteiligen. Ausnahmepremien seien nötig. Zwischen Frankreich und Deutschland bestehe eine wesentliche Unklarheit hinsichtlich der Produktion, die in Deutschland häufiger sei als in Frankreich. Man verlange von dem Kaufmann ein leichtes, jenem Opfer, bis ein neues System durch eine internationale Konferenz aufgestellt sei. Hierfür wird die Generaldeklaration geschloffen, die Beschloffenheit der Vorlage wird erklärt, und die Kammer beschloß, zur Beratung der einzelnen Artikel überzugehen. Nachdem diese Sitzung aufgehoben.

England. London, 22. Januar. (Telegramm.) Unterhaus. Der Unterhausschreiber für Indien, Lord Donalton, erklärte: Die Pest ist in Bombay im September u. A. festgestellt worden. Am 2. Oktober und den Behörden die notwendigsten Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der Pest gegeben worden. Im November seien die Epidemie abgenommen, wurde aber vom 1. Dezember ab heftiger. Im Dezember verbreitete sie sich nach Karatschi, und jetzt tritt die Pest in Poona epidemisch auf. Es wird angenommen, daß in Bombay über 2500, in Karatschi über 300 Todesfälle, außerdem etwa 100 indische Fälle vorgetreten sind. Bosph ist die Krankheit außerhalb Bomboys und Karatschis bisher, von Poona abgesehen, nirgends in epidemischer Form aufgetreten. Die konsultierten indischen Ärzte derselben behaupten, daß Bombay und Karatschi geschädigte Personen. Alle Maßnahmen gegen die Weiterverbreitung der Epidemie sind getroffen. Mit der Eisenbahn, auf Landwegen oder zur See Reisende werden ärztlich untersucht und Personen, die nach größeren Stationen reisen oder dort absteigen, angehalten und, wenn sie verdächtig sind, zur ärztlichen Behandlung abgeführt. Um zu verhindern, daß Pilger, die nach den heiligen Stätten der Mohammedaner wallfahrten, die Pest nach dem Heiligen Meere schleppen, haben vom 1. Februar ab Bombay und Karatschi vorläufig auf, als Abgangsstation für Wallfänger zu dienen. Es ist zu hoffen, daß die erforderlichen Maßnahmen anfangen, thätigste Wirkung auszuüben und daß die Epidemie abnehmen wird. Eine heute eingegangene Depesche des Gouverneurs von Poona warnt vor den bevorstehenden, sehr übertriebenen Telegrammen über die Pest; nach derselben hat die Pest nur die Eigenschaften, worunter ein Arzt und eine Speziesepidemie, an der Pest gelitten.

Der Parlamentssekretär des Polizeiverwaltungsamts, Russell, erklärte, er habe die Ergebnisse der gegen die Einschleppung der Cholera durch den Dampfer „Andra“ ergriffenen Maßnahmen richtig beurteilt, die Haltung der englischen Regierung, welche gegen vom Ausland eingeschleppte Seuchen durch Isolierung und Desinfektion vorgehe, ohne eine Ausnahme zu verlangen.

Der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, erklärte, die Regierung habe die Regierung von Trinidad Anstellungen bezüglich der seit August d. J. vom Volksstand erlassenen Verles, dem die And-sänder, zugehen lassen. Der Staatssekretär hierüber ist nicht zu Ende geführt; sobald dies der Fall sei, werde er ihn dem Hause vorlegen.

London, 21. Januar. (Telegramm.) Unterhaus. Abg. Debatte. Herarth bringt einen Antrag ein, der die Erklärung der Regierung zur Rechtfertigung der Forderung der Demandsanten für ungenügend und gerichtet erklärt, zu solchen Beschwerden zu ermutigen. Der erste Lord des Schatzamts, Balfour, weist die Anfrage Herarth zurück. Hierauf wird die Debatte auf Montag verlegt.

Widgang der Arabian Society. Nach einer Mitteilung des Sekretärs der Arabian Society betrug in dem am 30. September abgelaufenen Halbjahre der Verkauf der Publikationen der Gesellschaft nur den dritten Teil des im Jahre 1895 und den letzten Teil des im Jahre 1894 erzielten Abzuges. Seit 1890 war die Zahl der verkauften Exemplare nie so gering gewesen. Zur Erklärung dieser Erscheinung, welche den Widgang dieser einst einflussreichen bürgerlich-sozialistischen Vereinigung deutlich erkennen läßt, bemerkt der Sekretär: „Verschiedene Ursachen haben hierbei mitgewirkt, wie das Fehlen bedeutender Mächten, die politische Situation, die Konkurrenz anderer Publikationen und die geringe Ausdehnung tabianischer Organisationen in der Provinz. Aber eine der Ursachen ist der Umstand, daß unsere Mitglieder sich daran gewöhnen, dieses wirksame Mittel der Propaganda zu vernachlässigen. Sie vertreten die Großsachen nicht mehr so eifrig bei Vorlesungen, Versammlungen und anderweitig, wie in früheren Jahren.“ In das Jahr 1895 fielen jedoch die allgemeinen Parlamentswahlen, genöhs bedeutensame Wahlen, und doch blieb der Verkauf um die Hälfte gegen das